

**Grundvertrag**  
**für den**  
**Verkehrsverbund Rhein-Neckar**

## **Zwischen**

den Ländern

**Baden-Württemberg,**  
vertreten durch den Verkehrsminister,

**Hessen,**  
vertreten durch den Minister für Wirtschaft,  
Verkehr und Landesentwicklung,

**Rheinland-Pfalz,**  
vertreten durch den Minister für Wirtschaft,  
Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,

den kommunalen Gebietskörperschaften

**Neckar-Odenwald-Kreis und Rhein-Neckar-Kreis,**  
jeweils vertreten durch den Landrat,

**Stadtkreis Heidelberg,**  
vertreten durch die Oberbürgermeisterin,

**Stadtkreis Mannheim,**  
vertreten durch den Oberbürgermeister,

**Kreis Bergstraße,**  
vertreten durch den Kreisausschuss,

**kreisfreie Städte Frankenthal, Landau,  
Ludwigshafen/Rhein,  
Neustadt/Weinstraße, Speyer,  
Worms,**

jeweils vertreten durch den  
Oberbürgermeister,

**Landkreise Alzey-Worms,  
Bad Dürkheim,  
Germersheim, Donnersbergkreis,  
Ludwigshafen,  
Südliche Weinstraße,**

jeweils vertreten durch den Landrat,

und dem  
**Zweckverband Verkehrsverbund  
Rhein-Neckar,**

vertreten durch den Verbands-  
vorsitzenden,

wird folgender Vertrag über die Neufassung des Vertrages über die Grundlagen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar vom 24.08.1989 (Grundvertrag) geschlossen:

## **Vorbemerkung:**

Die Bundesrepublik Deutschland, die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) haben am 20.12.1985 und 24.08.1989 Verträge über die Grundlagen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar abgeschlossen.

Am 24. August 1989 ist zwischen den Verkehrsunternehmen, die den Verbundverkehr im Rhein-Neckar-Raum durchführen, die Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH gegründet worden. Die Gesellschaft hat am 9. Oktober 1989 ihre Geschäftstätigkeit begonnen. Gesellschafter sind:

Busverkehr Rhein-Neckar GmbH (BRN),  
Deutsche Bahn AG, Geschäftsbereich Nahverkehr (DB),  
Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB),  
Mannheimer Verkehrs-AG (MVG),  
Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG (OEG),  
Rheinfähre Altrip GmbH (RFA),  
Rhein-Haardtbahn GmbH (RHB),  
Stadt Bad Dürkheim - Stadtwerke Bad Dürkheim (SWD),  
Stadt Eberbach - Stadtwerke Eberbach (SWE),  
Stadt Lampertheim - Stadtwerke Lampertheim (SWL),  
Stadt Viernheim - Stadtwerke Viernheim (SWV),  
Stadt Worms - Stadtwerke Worms (SWW),  
Südwestdeutsche Verkehrs-AG (SWEG),  
Verkehrsbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH (VBL),  
Verkehrsbetriebe Speyer GmbH (VBS).

Dem ZRN gehören derzeit als Mitglieder an: der Rhein-Neckar-Kreis, die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim, der Kreis Bergstraße, die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim und Ludwigshafen sowie die kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen/Rh., Neustadt/Wstr., Speyer und Worms. Mit Wirkung ab 01.01.1996 sollen Mitglieder des ZRN werden: der Neckar-Odenwald-Kreis, der Donnersbergkreis, die Landkreise Germersheim und Südliche Weinstraße sowie die kreisfreie Stadt Landau.

Im Hinblick auf die Bahnstrukturreform und die zum 01.01.1996 wirksam werdende Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs der Eisenbahnen des Bundes (Übertragung der Aufgabenträgerschaft auf die Länder) haben die bisherigen Vertragspartner des

Grundvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland vereinbart, dass die vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland mit Ablauf des 31.12.1995 aufgehoben sind.

Nach den die Bahnstrukturreform umsetzenden Gesetzen der Länder sind Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr die Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte und die Landkreise, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, wo Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr vorerst das Land ist.

Der Verkehrsverbund muss mit Wirkung vom 01.01.1996 der veränderten Rechtslage angepasst werden. Hierzu sollen folgende Regelungen getroffen werden:

- Die Länder werden zum Zwecke der verbundübergreifenden Koordination und zur Wahrnehmung ihrer verkehrspolitischen Zielsetzungen Mitglieder des ZRN.
- Die bisherigen Gesellschafter treten ihre Anteile an der Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN GmbH) an den ZRN ab, der damit Alleingesellschafter wird.
- Die Verkehrsunternehmen im Verbundgebiet bilden zur Wahrnehmung gemeinsamer unternehmerischer Aufgaben eine Unternehmensgesellschaft Verkehrsverbund Rhein-Neckar mbH (URN GmbH).
- VRN GmbH und URN GmbH schließen einen Kooperations- und Dienstleistungsvertrag ab, der das Zusammenwirken beider Gesellschaften im Verkehrsverbund Rhein-Neckar, insbesondere in Fragen der Verkehrsplanung, des Leistungsangebots, des Tarifs und der Einnahmenaufteilung sowie der Verbundinformation mit Fahrplan, des Verbundmarketings sowie der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung für den Verbundverkehr regelt, und nach dessen näherer Bestimmung die URN GmbH sich zur Aufgabenerfüllung der VRN GmbH bedient.

Die Vertragspartner sind sich einig, dass zur Anpassung an die veränderte Rechtslage der Grundvertrag für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar wie folgt neu gefasst wird:

## **Artikel 1**

### **Vertragsziele**

(1) Vertragsziele sind die Sicherung, die Verbesserung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar, das in der beigefügten Plankarte<sup>1</sup> dargestellt ist (Verbundgebiet).

---

<sup>1</sup> Plankarte ist nicht abgedruckt, da sie das Verbundgebiet zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wiedergibt und somit nicht aktuell ist. Aktuelle Plankarte ist der Satzung beigelegt.

(2) Um die Vertragsziele zu erreichen, erklären sich die Vertragspartner bereit, eine wirksame, den Erfordernissen der Raumordnung entsprechende und wirtschaftliche Erfüllung der Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet zu fördern.

## **Artikel 2**

### **Gemeinsame Grundsätze**

Die Vertragspartner werden zur Förderung des Verkehrsverbundes insbesondere folgende Grundsätze beachten:

1. Der öffentliche Personennahverkehr soll eine den verkehrlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende häufige, regelmäßige, pünktliche, schnelle und bequeme Verkehrsbedienung in allen Teilen des Verbundgebiets bieten. Das Verkehrs- und Tarifangebot ist fahrgastfreundlich und verständlich zu gestalten.
2. Das Verkehrsnetz ist so zu planen und zu gestalten, dass dem qualitativ und quantitativ notwendigen Leistungsangebot und der Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs Rechnung getragen wird.
3. Die Verkehrsnetze von öffentlichem Personennahverkehr und individuellem Straßenverkehr sind funktionsgerecht aufeinander abzustimmen. Bei Zielkonflikten gebührt dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang.
4. Die Verkehrslinien sind aufeinander abzustimmen und grundsätzlich miteinander zu verknüpfen. Dabei ist insbesondere das Verkehrsnetz auf den künftigen Regionalbahn-/S-Bahn-Verkehr auszurichten.
5. Zur Entlastung des Straßenverkehrs sind der Ausbau und die Verbesserung des Schienenverkehrs verstärkt zu fördern. Die Leistungsfähigkeit des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs ist zu verbessern und dort besonders zu fördern, wo eine Verkehrsbedienung mit Schienenverkehrsmitteln nicht durchgeführt wird.
6. Der Gemeinschaftstarif, der den freizügigen Übergang der Fahrgäste zwischen den Verkehrsmitteln der Verbundunternehmen gestattet, ist weiterzuentwickeln sowie unter Beachtung der Marktlage und unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung anzupassen.
7. Die Erfordernisse und Bedürfnisse des öffentlichen Personennahverkehrs sind bei allen raumbeanspruchenden und raumwirksamen Planungen verstärkt zu berücksichtigen.

## **Artikel 3**

### **Zusammenwirken der Vertragspartner im öffentlichen Personennahverkehr**

(1) Die Vertragspartner werden im Rahmen des ZRN und der VRN GmbH zusammenwirken, um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet weiter zu erhöhen. Sie arbeiten zu diesem Zweck mit den in der URN GmbH zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen im Verbundgebiet zusammen.

(2) Die Vertragspartner werden

1. verkehrspolitische Zielsetzungen und Vorgaben bezüglich der Verkehrsplanung und des Leistungsangebots im Verkehrsverbund untereinander koordinieren und hierbei Empfehlungen der VRN GmbH berücksichtigen;
2. den Gemeinschaftstarif weiterentwickeln und ihre Rechte als zuständige Behörden im Sinne der EG-Verordnung Nr. 1191/69 in der jeweils geltenden Fassung bei Tarifvorgaben gemeinsam und einheitlich ausüben;
3. ihre Nahverkehrspläne aufeinander abstimmen und nach Empfehlungen der VRN GmbH im Rahmen des ZRN zur Koordination ihrer Nahverkehrspläne einen gemeinsamen Nahverkehrsplan aufstellen.

Die Einzelheiten werden in der Satzung für den ZRN, im Gesellschaftsvertrag für die VRN GmbH sowie im Kooperations- und Dienstleistungsvertrag zwischen der VRN GmbH und der URN GmbH geregelt.

## **Artikel 4**

### **Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH**

(1) Die VRN GmbH erfüllt im Auftrag ihres Gesellschafters und der Vertragspartner und im Zusammenwirken mit der URN GmbH Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet. Dies sind insbesondere

1. die Verkehrsforschung und die konzeptionelle Verkehrsplanung;
2. die Mitwirkung bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs;
3. die Weiterentwicklung des Gemeinschaftstarifs;
4. die rechnerische Erfassung der Tarifeinnahmen und deren Aufteilung auf die Verbundunternehmen.

(2) Die VRN GmbH erfüllt die Aufgaben nach Absatz 1 zum größtmöglichen Nutzen für die Allgemeinheit und nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Der Gemeinschaftstarif ist dabei jährlich zu überprüfen und entsprechend der Kosten- und Ertragsentwicklung bei den Verbundunternehmen anzupassen. Bei der Aufstellung und Weiterentwicklung des Gemeinschaftstarifes ist nach den Grundsätzen der Tarifgerechtigkeit und Tarifiergiebigkeit zu verfahren.

(3) Die VRN GmbH hat jährlich einen Wirtschaftsplan sowie eine mittelfristige Vorausschau für die folgenden drei Jahre und einen Erfolgsplan für den Verbundverkehr zu erstellen und nach Abschluss des Geschäftsjahres das finanzielle Ergebnis des Verbundverkehrs einschließlich eines Vergleichs der Planzahlen mit den Ist-Zahlen vorzulegen.

(4) Die Einzelheiten werden im Gesellschaftsvertrag der VRN GmbH sowie im Kooperations- und Dienstleistungsvertrag geregelt.

## **Artikel 5**

### **Besondere Ausgleichsleistungen**

(1) Fahrleistungen oder Kapazitäten, die über das festgelegte Leistungsangebot hinausgehen, werden zugelassen, wenn sie dem Zweck dieses Vertrages nicht zuwiderlaufen. Aufwendungen oder Einnahmenausfälle, die sich hieraus ergeben, sind von denjenigen auszugleichen, die die Fahrleistungen oder Kapazitäten wünschen.

(2) Tarifwünsche werden zugelassen, wenn dadurch die Anwendung des Gemeinschaftstarifes im Verbundgebiet sowie seine Struktur und Höhe nicht in Frage gestellt werden. Aufwendungen oder Einnahmenausfälle, die sich hieraus ergeben, sind von denjenigen auszugleichen, die die Tarifwünsche geltend machen.

(3) Das Nähere wird in der Satzung des ZRN, im Gesellschaftsvertrag der VRN GmbH und im Kooperations- und Dienstleistungsvertrag geregelt.



## **Artikel 6**

### **Ausgleich der Aufwanddeckungsfehlbeträge**

Die Vertragspartner wirken darauf hin, dass zwischen den Verbundunternehmen und ihren Eigentümern sowie den Gebietskörperschaften, deren Gebiet von den Verbundunternehmen bedient wird, längerfristige Regelungen über eine anteilige Finanzierung von Aufwanddeckungsfehlbeträgen getroffen werden. Im Übrigen ist die Erstattung von Aufwanddeckungsfehlbeträgen, die den Verkehrsunternehmen im Verbundverkehr entstehen, nicht Gegenstand dieses Vertrages.

## **Artikel 7**

### **Ausgleich verbundbedingter Lasten**

(1) Die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gewähren dem ZRN zum Ausgleich verbundbedingter Lasten pauschale Zuwendungen; sie belaufen sich auf jährlich 12,067 Mio. DM. Zur Mitfinanzierung des Aufwandes der VRN GmbH gewähren die Länder dem ZRN weiter pauschale Zuwendungen in Höhe von jährlich 3,85 Mio. DM.

(2) Die Länder gewähren die Zuwendungen nach Absatz 1 anteilig wie folgt:

Baden-Württemberg	60,44 v. H.
Rheinland-Pfalz	32,80 v. H.
Hessen	6,76 v. H.

Die kommunalen Gebietskörperschaften erbringen über den ZRN zum Ausgleich verbundbedingter Lasten Zuwendungen in Höhe der Leistungen der Länder.

(3) Die Zuwendungen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 werden zum 15.01., 15.04., 15.07. und 15.10. eines Jahres fällig.

(4) Der ZRN leitet die Zuwendungen der Länder einschließlich der Zuwendungsanteile der kommunalen Gebietskörperschaften nach Fälligkeit jeweils unverzüglich der VRN GmbH zu.

(5) Die Zuwendungen der Länder nach Absatz 1 Satz 1 und der kommunalen Gebietskörperschaften nach Absatz 2 Satz 2 erhöhen sich ab 1998 jeweils um 0,5 Mio. DM. Spätere Anpassungen erfolgen durch besondere Vereinbarungen zwischen den Ländern und dem ZRN. Über eine Erhöhung der Zuwendungen der Länder nach Absatz 1 Satz 2 wird erst verhandelt, wenn die Zuwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften die Höhe der Leistungen der Länder erreicht oder überschritten haben.

## **Artikel 8**

### **Länderklausel**

(1) Das Land Baden-Württemberg trifft in Erfüllung seiner Verpflichtung nach § 8 Absatz 3 ÖPNV-Gesetz Baden-Württemberg seine Entscheidungen als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Verbundraum im Benehmen mit der VRN GmbH.

(2) Das Land Hessen und der Kreis Bergstraße erbringen ihre Leistungen nach Artikel 7 entsprechend den Regelungen des hessischen ÖPNV-Gesetzes auf der Grundlage einer besonderen Vereinbarung.

(3) Das Land Rheinland-Pfalz sowie die Gebietskörperschaften des Landes, die Partner dieses Vertrages sind, wirken darauf hin, dass der nach Landesrecht zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr und den regionalen Busverkehr seine Entscheidungen als Aufgabenträger im Verbundraum im Benehmen mit der VRN GmbH trifft. Wird nach Landesrecht ein Zweckverband Aufgabenträger, so erhält die VRN GmbH - unbeschadet weitergehender Mitwirkungsmöglichkeiten - das Recht, an den Beratungen der Gremien des Zweckverbandes ohne Stimmrecht teilzunehmen. Die Gebietskörperschaften des Landes, die Partner dieses Vertrages sind, stimmen ihr Vorgehen innerhalb des Zweckverbandes jeweils mit der VRN GmbH ab und sind um ein einheitliches Abstimmungsverhalten in den Gremien dieses Zweckverbandes bemüht.

## **Artikel 9**

### **Vertragsanpassung**

Bei wesentlichen Änderungen der diesem Vertrag zu Grunde liegenden Verhältnisse ist auf Antrag eines Vertragspartners über eine entsprechende Anpassung des Vertrages zu verhandeln.

## **Artikel 10**

### **Inkrafttreten und Beendigung des Vertrages**

(1) Dieser Vertrag tritt am 01.01.1996 in Kraft. Der Grundvertrag vom 24.08.1989 wird zu diesem Zeitpunkt gegenstandslos.

(2) Der Vertrag kann unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31.12.2001 gekündigt werden.

### **Protokollnotiz zu Artikel 7 Grundvertrag**

(1) Die Zuwendungen der Länder nach Artikel 7 Absatz 1 Satz 1 des Grundvertrages umfassen nicht die Leistungen der Länder aus Übergangstarifen zwischen dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar und Nachbargebieten; dies ist zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages für Baden-Württemberg (Übergangstarif des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar zum Karlsruher Verkehrsverbund im Gebiet zwischen Rhein-Neckar-Kreis und Landkreis Karlsruhe) ein Betrag in Höhe von ca. 80.000,-- DM p. a. und für Hessen (Übergangstarif des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar zum Rhein-Main-Verbund im Nordteil des Kreises Bergstraße) ein Betrag in Höhe von ca. 200.000 p. a. Nicht enthalten sind Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg zur Tarifintegration der Stadtbusse Wiesloch und Hockenheim und des Gemeindebusses Eppelheim sowie Zuwendungen der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zur Erstattung der verbundbedingten Lasten der Tarifintegration der Rheinfähre Altrip in Höhe von jeweils ca. 4.000,-- DM p. a.

(2) Die in den Zuwendungen nach Artikel 7 Absatz 1 Satz 1 des Grundvertrages enthaltenen verbundbedingten Lasten ergeben sich aus der dieser Protokollnotiz als Anlage beigefügten Aufstellung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar vom 6.12.1995. Bei den in dieser Aufstellung enthaltenen Zuwendungen nach Ziffer 1.2.1 bis 1.2.4, den Zuwendungen nach Ziffer 1.3.1, 1.3.2, 2.3.1 und 2.3.2 sowie den Zuwendungen nach Ziffer 1.3.3 und 2.2 handelt es sich um vorläufige Zahlen aufgrund von Schätzungen; zu Ziffer 2.3.1 und 2.3.2 ist die Gebietsabgrenzung noch abschließend einvernehmlich mit dem Land Rheinland-Pfalz festzulegen.

(3) Im Einvernehmen zwischen den Vertragspartnern des Grundvertrages werden die Schätzungen nach Ziffer 2 bis zum 30. Juni 1996 durch Berechnungen ersetzt. Außerdem werden die unter Ziffer 1 genannten, bisher nicht enthaltenen Leistungen einbezogen. Die daraus folgende Gesamtsumme und der daraus folgende Länderschlüssel sind vorläufig verbindlich. Sie sind rückwirkend zum 1. Januar 1996 zu revidieren, sobald die Verkehrserhebung 1996 vorliegt und wenn die Auswertung dieser Verkehrserhebung zu anderen Beträgen führt.

(4) Integrationsmaßnahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar, für die bis zum 30. Juni 1996 keine Berechnung nach Ziffer 3 vorliegt, werden bis zu einer Neufassung des Grundvertrages durch bilaterale Vereinbarungen geregelt.

## Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar

06.12.1995

### Verbundbedingte Lasten vom 1996 an bis zum Jahr 2000 hier: Erwartete jährliche Zuwendungen der Länder

	Art der Zuwendungen	Zuwendungs- bescheid vom	in TDM
1.	Fortschreibung der Zuwendungen aus 1995		
1.1	Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste lt. Grundvertrag und Zusatzvereinbarung 1991		
1.1.1	Durchtarifierungsverluste	06.06.94 <sup>1</sup>	5.350,00
1.1.2	Fortbestehende Harmonisierungsverluste	06.06.94 <sup>1</sup>	1.000,00
1.2	Zusätzliche Verbundverkehre		
1.2.1	Bergbahn Heidelberg	06.06.94 <sup>1</sup>	100,00
1.2.2	Fähre Eberbach		
1.2.3	Fa. Hoffmann, Sinsheim		
1.2.4	SWEG (Aglasterhausen)		
1.2.5	NW-Hambach, NW-Diedesfeld	03.02.95 <sup>2</sup>	40,35
1.2.6	Fa. Merl, Speyer (Römerberg)	03.04.95 <sup>2</sup>	5,35
1.2.7	Fa. Mühlhäuser, Viernheim	28.06.95 <sup>3</sup>	5,25
1.2.8	Fa. Müller, Biblis	28.06.95 <sup>3</sup>	3,05
1.2.9	Fa. Werner, Bensheim	28.06.95 <sup>3</sup>	7,80
1.3	Verbundbedingte Lasten aus Gebietserweiterungen		
1.3.1	Landkreis Germersheim	03.02.95 <sup>2</sup>	98,50
1.3.2	Landkreis Südliche Weinstraße	03.02.95 <sup>2</sup>	248,80
1.3.3	Neckar-Odenwald-Kreis	06.06.94 <sup>1</sup>	640,00
1.	Zwischensumme		7.499,10

<sup>1</sup> Verkehrsministerium Baden-Württemberg

<sup>2</sup> Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz

<sup>3</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

		Vermerk / Brief vom	in TDM
2.	Neu beantragte Zuwendungen		
2.1	Anhebung der Zuschüsse für verbundbedingte Lasten (Einnahmenaufteilung) 1996 u. 1997	06.06.95 <sup>4</sup>	3.000,00
2.1	Anhebung der Zuschüsse für verbundbedingte Lasten (Einnahmenaufteilung) 1998, 1999 u. 2000	06.06.95 <sup>4</sup>	3.500,00
2.2	Integration des Neckar-Odenwald-Kreises in den VRN-Tarif (Differenz zu 1.3.3)	10.07.95 <sup>5</sup>	960,00
2.3	Verbundbedingte Lasten aus Gebietserweiterung		
2.3.1	Donnersbergkreis (3 Gemeinden)	04.09.95 <sup>4</sup>	53,80
2.3.2	Erweiterung Landkreis Südliche Weinstraße, krsfr. Stadt Landau, Donnersbergkreis	Schätzung	554,50
2. Zwischensumme neue Zuwendungen 1996 u. 1997			4.568,30
2. Zwischensumme neue Zuwendungen 1998, 1999 u. 2000			5.068,30
<u>Summe</u> verbundbedingte Lasten (Länderanteil) 1996 und 1997			<u>12.067,40</u>
<u>Summe</u> verbundbedingte Lasten (Länderanteil) 1998, 1999 u. 2000			<u>12.567,40</u>

---

<sup>4</sup> VRN GmbH

<sup>5</sup> BRN GmbH

Für das Land Baden-Württemberg

Hermann Bleumer

Für das Land Hessen

Matthias Luth

Für das Land Rheinland-Pfalz

Rainer Bredt

Für den Neckar-Odenwald-Kreis

T. L. 214

Für den Rhein-Neckar-Kreis

Fr. J. F. F. F.

Für die Stadt Heidelberg

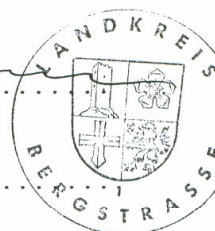
Man. G. G.

Für die Stadt Mannheim

Carl J. J.

Für den Kreis Bergstraße

H. G. G. G.



Für die Stadt Frankenthal

R. G. G.

Für die Stadt Landau

Christoph G. G.

Für die Stadt Ludwigshafen

W. J. J.

Für die Stadt Neustadt

W. G. G.

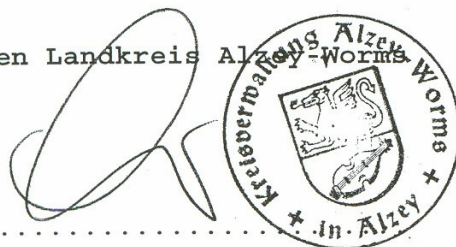
Für die Stadt Speyer

Worms J. J. J. J. J.

Für die Stadt Worms

Querschnitt

Für den Landkreis Alzey-Worms



Für den Landkreis  
Bad Dürkheim

Ferry Worms

Für den Landkreis Germersheim

Philipp

Für den Donnersbergkreis

Krone

Für den Landkreis Ludwigshafen

Dr. Karl Heilmann

Für den Landkreis Südliche  
Weinstraße

G. Heilmann

Für den Zweckverband Verkehrsverbund  
Rhein-Neckar (ZRN)

Wolfgang Eiser

Mannheim, den ~~XXXXXX~~ 21.12.1995

21.12.1995